

SoVD zu Vorgesprächen von SPD und Grünen: Versäumnisse bei Pflege und Inklusion aufholen

## Forderungen nach der Landtagswahl

Am 9. Oktober haben die Bürger\*innen in Niedersachsen einen neuen Landtag gewählt. Eine neue Landesregierung für die kommenden fünf Jahre muss sich erst noch finden. Aber schon früh zeichnete sich ab, dass die Parteien SPD und Grüne eine gemeinsame Koalition anstreben. Zum Start ihrer Vorgespräche zu möglichen Koalitionsverhandlungen fordert der SoVD in Niedersachsen daher beide Parteien auf, sich an ihre Wahlversprechen – gerade in den Bereichen Inklusion und Pflege – zu halten.

Egal, ob es die Preisexplosionen, die vielen fehlenden Wohnungen, die enorm steigenden Pflegeheimkosten sind oder die fehlende Inklusion – in Niedersachsen gibt es derzeit zahlreiche Probleme, für die es schnelle und gute Lösungen braucht. Aus Sicht des größten Sozialverbands in Niedersachsen darf es bei all diesen Themen keinen weiteren Aufschub mehr geben. Daher fordert der SoVD die Politiker\*innen auf, ihren Worten aus dem Wahlkampf endlich auch Taten folgen zu lassen.

„Die Zeiten sind für die Menschen extrem schwierig. Umso wichtiger ist es jetzt, die brennendsten Themen in Angriff zu nehmen und schnell zu einer handlungsfähigen Regierung zu kommen“, sagt Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD in Niedersachsen im Hinblick auf die

Sondierungsgespräche. Der SoVD erwarte schnelle und gute Lösungen für mehr soziale Gerechtigkeit.

„In ihren Wahlprogrammen haben SPD und Grüne betont, sich für eine bessere Pflege einsetzen und die Inklusion in Niedersachsen endlich erfolgreich umsetzen zu wollen. Diesen Versprechen müssen nun Taten folgen“, so Sackarendt weiter.

Neben der finanziellen Entlastung der Bürger\*innen sei es wichtig, die Pflegeheimkosten in Niedersachsen zu begrenzen und dafür zu sorgen, dass Kinder mit und ohne Behinderung endlich gemeinsam lernen können. „Beide Parteien haben die Umsetzung der Inklusion im Sinne der Betroffenen verschlafen. Jetzt ist die Gelegenheit da, alte Versäumnisse aufzuholen. Das muss auch passieren“, fordert der Landesvorsitzende.



Foto: thodonat / Adobe Stock

**In den vergangenen Monaten sind die Kosten für eine Betreuung im Pflegeheim enorm gestiegen. Viele Pflegebedürftige und deren Angehörige können diese Beträge nicht zahlen.**

SoVD fordert von Politik Kindergrundsicherung und Härtefallfonds endlich umzusetzen

## Tag zur Beseitigung der Armut

Jede\*r sechste Bürger\*in in Niedersachsen gilt als armutsgefährdet. Besonders Kinder, Jugendliche und Senior\*innen sind betroffen. Angesichts der steigenden Inflation befürchtet der SoVD in Niedersachsen eine dramatische Verschärfung der Lage. Anlässlich des „Internationalen Tags zur Beseitigung der Armut“ am 17. Oktober fordert Niedersachsens größter Sozialverband eine schnelle Umsetzung des von der Politik versprochenen Härtefallfonds sowie weitere Maßnahmen, damit Kinder und Jugendliche nicht in Armut aufwachsen.



Foto: Irina Schmidt / Adobe Stock

**Die Armutsgefährdungsquote von Kindern in Deutschland hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Sie liegt derzeit bei über zwanzig Prozent. Um dagegen vorzugehen, fordert der SoVD die Einführung einer Kindergrundsicherung.**

Immer mehr Menschen sind im Alter auf Grundsicherung angewiesen – ihr Anteil ist 2021 um mehr als drei Prozent gestiegen. Auch bei Kindern und Jugendlichen sehen die Zahlen düster aus: Mehr als jede\*r Fünfte gilt als armutsgefährdet. „Wir merken schon jetzt in unserer Beratung, dass immer mehr Menschen extreme finanzielle Sorgen haben. Das betrifft vor allem auch Rentner\*innen und Familien. Es wird immer deutlicher: Die Armutsgefährdung hat die Mittelschicht erreicht“, sagt Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Der SoVD setzt sich schon seit Langem – auch im Bündnis mit anderen Verbänden – für eine Kindergrundsicherung ein. Diese sollte aus Sicht des Verbands bisher bestehende Leistungen für Kinder an nur

einer Stelle bündeln. Wichtig sei außerdem, dass die Kindergrundsicherung einfach, unbürokratisch und möglichst automatisch ausgezahlt werde, damit sie auch wirklich bei allen Kindern ankomme.

„Niedersachsen muss sich im Bundesrat für eine Kindergrundsicherung einsetzen. Das Thema steht schon lange auf der Agenda, aber nichts passiert“, kritisiert Sackarendt. Auch der von Ministerpräsident Weil versprochene Härtefallfonds für Menschen mit geringem Einkommen müsse zügig an den Start gehen. „Da sind noch viel zu viele Details unklar. Niemand weiß, wie Geld aus dem Fonds beantragt werden kann. Die Zeit drängt, Menschen müssen schließlich jetzt ihre Rechnungen zahlen“, so der niedersächsische SoVD-Chef.